

## US-Präsident Woodrow Wilson und der liberale Internationalismus

Für das Spannungsverhältnis von Ideal- und Realpolitik ist Woodrow Wilson eine geradezu paradigmatische Figur. Seit beinahe einhundert Jahren haben sich zunächst die Zeitgenossen und dann Generationen von Historikern darüber gestritten, ob der 28. Präsident der USA ein weitsichtiger Realist oder ein weltfremder Idealist war, der die innen- und außenpolitischen Realitäten ignorierte und so selbst dazu beitrug, dass seine Vision einer internationalen Ordnung, die auf kollektiver Sicherheit, nationaler Selbstbestimmung, freien Handel und Demokratie gebaut sein sollte, scheiterte.<sup>1</sup> Woodrow Wilson und der mit seinem Namen verbundene liberale Internationalismus sind jedoch keinesfalls nur von historischem Interesse. Der Streit um den „Wilsonianismus“ prägt bis heute die Grundpositionen in den Debatten um Amerikas Rolle in der Welt. Erfordern die nationale Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität und politischen Werte der USA ein permanentes aktives Eintreten für eine liberal-demokratische Weltordnung, wie die Wilsonians meinen, oder hat der Missionseifer Wilsonscher Provenienz letztlich zu imperialer Hybris und blindem Interventionismus geführt, der Amerika in alle Konflikte der Welt verwickelt hat und immer wieder in selbstgestellte ideologische Fallen tappen lässt, wie Kritiker beklagen?<sup>2</sup> In diesem Beitrag wird zunächst ein Überblick über die kontroversen Urteile gegeben, die Zeitgenossen und Historiker über Wilson und den liberalen Internationalismus gefällt haben. Danach werden Wilsons Selbstverständnis, seine Ziele und seine Politik in den Blick genommen und schließlich die Grundlinien der Debatte über das Erbe des Wilsonianismus nachgezeichnet.

- 1 Zur Einführung in die Wilson-Historiografie vgl. Ross A. Kennedy (Hrsg.): *A Companion to Woodrow Wilson*. Malden, MA 2013; John M. Cooper (Hrsg.): *Reconsidering Woodrow Wilson. Progressivism, Internationalism, War, and Peace*. Baltimore 2008.
- 2 Vgl. Lloyd Ambrosius: *Legacy and Reputation*. In: Kennedy (Hrsg.): *Companion* (wie Anm. 1), S. 569-587; John G. Ikenberry (Hrsg.): *The Crisis of American Foreign Policy: Wilsonianism in the Twenty-First Century*. Princeton 2009.

# I.

Der dominante zeitgenössische Topos über Wilson, der sich nach der Pariser Friedenskonferenz etablierte, war der des gefallenen Helden. In den Jahren 1917 bis 1919 stieg Woodrow Wilson zum führenden internationalen Staatsmann auf, von dem sich die Menschen in der ganzen Welt Frieden und Gerechtigkeit erhofften. Als der US-Präsident Ende 1918 nach Europa kam, wurde er wie ein Messias empfangen; in Paris, London und Rom jubelten ihm die Massen zu. Seine Rhetorik nationaler Selbstbestimmung wurde von Ägypten bis Korea gehört.<sup>3</sup> Wenige Monate später, nach der Veröffentlichung des Friedensvertrages, wich die Begeisterung fast überall der tiefen Enttäuschung über einen Mann, dem Freund und Feind vorwarfen, seine Ideale verraten zu haben. In Deutschland, wo weite Teile der Öffentlichkeit auf einen milden „Wilson-Frieden“ gehofft hatten, kannte die Empörung keine Grenzen. Der Nationalliberale Gustav Stresemann warf dem US-Präsidenten „den größten Weltbetrug, den die Geschichte jemals erlebt hat“, vor. Als Wilson am 3. Februar 1924 starb, wies der inzwischen zum Reichsaußenminister avancierte Stresemann den deutschen Botschafter in Washington an, „von irgendwelchen Beileidskundgebungen offizieller Art Abstand [zu] nehmen“, und nahm damit einen diplomatischen Eklat mit den USA zu einem Zeitpunkt in Kauf, als Deutschland dringend auf amerikanische Unterstützung bei der Neuregelung der Reparationen angewiesen war.<sup>4</sup> Das Image des „salbungsvollen, scheinheiligen Heuchlers“, wie der Althistoriker Eduard Meyer Wilson titulierte, lebt bis heute in deutschen Diskursen über die US-Außenpolitik fort, in denen die Rhetorik des liberalen Internationalismus gern als Heuchelei und Bemäntelung materieller Interessen abgetan wird.<sup>5</sup>

Doch nicht nur Wilsons deutsche Kritiker, sondern auch viele Progressive und Liberale in den USA und Großbritannien machten ihrer Enttäuschung über Wilson Luft. Der Ökonom John Maynard Keynes, der als Mitglied der britischen Delegation an der Friedenskonferenz teilgenommen hatte, kari-

3 Vgl. die Berichte über Wilsons Ankunft in Frankreich im Tagebuch von US-General Tasker H. Bliss, US-Mitglied im Obersten Alliierten Kriegsrat: Library of Congress, Manuscript Division (zukünftig LC MD), Tasker H. Bliss Papers, Box 244 (14.-16.12.1918), sowie von Wilsons Pressesprecher Ray Stannard Baker: LC MD, Ray Stannard Baker Papers (zukünftig RSB), Box 132 (14.12.1918); Erez Manela: *The Wilsonian Moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*. Oxford 2007.

4 Vgl. Manfred Berg: *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929*. Baden-Baden 1990, S. 91 f. u. 237-240; vgl. umfassend zur deutschen Hoffnung auf und Enttäuschung über Wilson Klaus Schwabe: *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*. Düsseldorf 1972, S. 521-651.

5 Eduard Meyer: *Die Vereinigten Staaten von Amerika. Geschichte, Kultur, Verfassung und Politik*. Frankfurt/ M. 1920, S. 288.

kierte den Präsidenten 1920 in seinem Buch über den Versailler Frieden als „blinden und tauben Don Quichote“, der zwar gute Absichten gehabt habe, aber seinen europäischen Verhandlungspartnern intellektuell und politisch nicht gewachsen gewesen sei. Um die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erreichen, habe Wilson ökonomische und territoriale Konzessionen gemacht, deren Unvereinbarkeit mit seinem liberalen Vierzehn Punkte-Friedensprogramm vom Januar 1918 er sich nicht habe eingestehen wollen.<sup>6</sup> Für viele seiner ehemaligen progressiven Gefolgsleute hatte Wilson bereits mit dem Eintritt in den Weltkrieg den Grundstein für sein Scheitern gelegt: „Er war unfähig zu erkennen“, schrieb der pazifistische Verleger Oswald Garrison Villard in seinem Nachruf, „dass, wann immer und wo immer sich der Liberalismus mit dem Krieg und dem Kriegswahn einlässt, es der Liberalismus ist, der untergeht“. Die Vierzehn Punkte seien ein Versprechen an die Menschheit gewesen, das Wilson durch seine faulen Kompromisse gebrochen habe. Der Präsident habe nach den Sternen gegriffen und sei am Boden zerschellt.<sup>7</sup> Auch seine treuen Anhänger mussten rückschauend einräumen, dass Wilson sein Friedenswerk nicht verwirklichen konnte, gaben die Schuld dafür aber den Alliierten, die am alten System der Machtpolitik festhalten wollten, und seinen innenpolitischen Gegnern, die einen engstirnigen Isolationismus angestachelt hätten. Der deutsche Publizist Maximilian Harden schrieb nach Wilsons Tod, Wilson sei an seiner Gesundheit und widrigen Umständen gescheitert, aber nur wen der Hass blende, könne die Reinheit seiner Ziele bestreiten.<sup>8</sup>

Wie so oft hallen die zeitgenössischen Urteile in der Geschichtsschreibung nach. Die Wilsonians unter den US-Historikern haben sich immer gegen das Bild vom naiven Idealisten gewehrt. Arthur S. Link, der sein gesamtes Gelehrtenleben Woodrow Wilson widmete, attestierte seinem Helden einen „höheren Realismus“, weil Wilson die langfristigen moralischen und politischen Interessen Amerikas und der ganzen westlichen Zivilisation im Blick gehabt habe. Und John Milton Cooper charakterisiert seinen Protagonisten in seiner 2009 erschienenen Biografie als „einen der besonnensten, nüchternsten und klügsten Idealisten seiner Zeit“. Keinesfalls habe Wilson einen Kreuzzug für die Demokratie geführt, so Cooper. Der Versailler Vertrag, obschon notwendigerweise ein Kompromiss, hätte durchaus die Grund-

6 John M. Keynes: *The Economic Consequences of the Peace*. London 1920, S. 34-55, Zitat S. 37.

7 Oswald G. Villard: *Woodrow Wilson: A Supreme Tragedy*. In: *The Nation* 118, 24.2.1924, S. 156 ff.

8 Ray S. Baker: *Should the United States Remain Outside the League of Nations? Address Delivered at the Annual Meeting of the League for Permanent Peace*. 8.6.1920. Ray Stannard Baker Papers (wie Anm. 3), Box 132; Maximilian Harden: *Woodrow Wilson*. In: *The Living Age* 520 (Februar 1924), S. 537-540 [Nachdruck aus: *Wiener Freie Presse*], ebd., Box 133.

lage für eine stabile Friedensordnung bilden können. Wilsons innenpolitisches Scheitern im Kampf um die Ratifizierung des Völkerbundes im US-Senat schreibt Cooper vor allem dem Schlaganfall zu, der den Präsidenten seit Oktober 1919 ans Krankenbett fesselte. Andere Wilsonians wie Thomas Knock verteidigen Wilsons „progressiven Internationalismus“ zwar gegen den Vorwurf der Naivität, kreiden Wilson jedoch an, dass er seine Ziele innenpolitisch nicht konsequent und machtbewusst durchgesetzt und seine Anhänger auf der Linken nach dem Kriegseintritt der USA den Repressalien reaktionärer Nationalisten preisgegeben habe.<sup>9</sup>

Historiker, die sich der realistischen Schule der internationalen Beziehungen verpflichtet fühlen, sehen Wilson und den Wilsonianismus dagegen bis heute äußerst kritisch. Ein doktrinärer und politisch überforderter Visionär, so lässt sich das Wilson-Bild der Realisten zusammenfassen, wollte die Welt nach amerikanischem Vorbild umgestalten und unterschätzte dabei sowohl die Komplexität der internationalen Beziehungen als auch den innenpolitischen Widerstand. Mit seiner Fixierung auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit habe er das bewährte europäische Gleichgewicht zerstört, ohne dass der Völkerbund das alte System habe ersetzen können. Der Visionär Wilson sei außen- und innenpolitisch auf der ganzen Linie gescheitert, habe seinem Land und der Welt zudem ein äußerst problematisches ideologisches Erbe hinterlassen.<sup>10</sup>

Was Realisten als naiven Idealismus und ideologische Borniertheit deuten, haben die Vertreter der Neuen Linken in der US-Geschichtsschreibung seit den sechziger Jahren dagegen als planvolle Strategie interpretiert, den amerikanischen Kapitalismus zu globalisieren und die internationale Ordnung durch Reformen gegen die Gefahr der kommunistischen Revolution zu immunisieren.<sup>11</sup> Adam Tooze wiederum entthront in seinem Buch *Die Sint-*

9 Arthur S. Link: *The Higher Realism of Woodrow Wilson and Other Essays*. Nashville, TN, 1971; Links monumentale Biografie summiert sich auf fünf Bände, deckt aber nur die Zeit bis 1917 ab, vgl. Arthur S. Link: *Wilson*. 5 Bde. Princeton 1947-1965. Link ist zudem der Herausgeber der 69 Bände umfassenden *Wilson Papers*, vgl. Arthur S. Link (Hrsg.): *The Papers of Woodrow Wilson*. 69 Bde. Princeton 1966-1994 (zukünftig PW); John M. Cooper: *Woodrow Wilson: A Biography*. New York 2009, S. 3-12, Zitat S. 5; Thomas J. Knock: *To End All Wars: Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*. New York 1992, S. 133-137; Arno Mayer: *Politics and Diplomacy of Peacemaking: Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918-1919*. London 1968, S. 875-893.

10 Vgl. u. a. Lloyd Ambrosius: *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition: The Treaty Fight in Perspective*. New York 1987; ders.: *Wilsonianism: Woodrow Wilson and His Legacy in American Foreign Relations*. New York 2002; Norman A. Graebner/ Edward M. Bennett: *The Versailles Treaty and Its Legacy: The Failure of the Wilsonian Vision*. New York 2011; Walter A. McDougall: *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World since 1776*. New York 1997, S. 122-146.

11 Vgl. u. a. William A. Williams: *The Tragedy of American Diplomacy*. New York 1962, S. 84-102; N. Gordon Levin: *Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution*. New York 1968, S. 1-10.

flut Woodrow Wilson als Vorkämpfer einer neuen internationalen Ordnung. Wilson sei überhaupt kein liberaler Internationalist gewesen, sondern ein konservativer amerikanischer Nationalist, der, wie seine europäischen Alliierten zu Recht argwöhnten, eine globale Hegemonie der USA durchsetzen wollte. Die sowohl von Wilson-Anhängern wie Kritikern gepflegte Legende, der Idealist Wilson sei an den hartleibigen europäischen Machtpolitikern gescheitert, habe den Blick dafür verstellt, dass die europäischen Führer, insbesondere Liberale und gemäßigte Linke, selbst nach einer neuen liberal-demokratischen Ordnung strebten. Ein entscheidender Grund für das Scheitern dieser Ordnung war jedoch, so Tooze, dass sich schon Wilson selbst – und nicht erst seine republikanischen Nachfolger – einer echten sicherheitspolitischen und ökonomischen Kooperation mit den übrigen Großmächten verweigerte.<sup>12</sup>

## II.

Wie aber sah Woodrow Wilson sich selbst? War er ein Idealist, der sein politisches Handeln an subjektiv verbindlichen Wertsetzungen und Ideen ausrichtete, also im Sinne Max Webers wertrational und tendenziell gesinnungsethisch handelte?<sup>13</sup> Und welche Ideale waren es, die Wilson antrieben? Für viele Zeitgenossen und Historiker war und ist die Religion der Schlüssel zu Wilsons Weltbild. Den aus einer Pfarrersfamilie stammenden Calvinisten umgab eine für viele Menschen schwer erträgliche Aura der Selbstgerechtigkeit. Einem Professorenkollegen in Princeton, der ihn darauf hinwies, dass jede Streitfrage zwei Seiten habe, soll er geantwortet haben: „Ja, eine richtige und eine falsche!“<sup>14</sup> Die Klagen über Wilsons selbstgefälliges und hochfahrendes Auftreten auf der Pariser Friedenskonferenz sind legendär. Laut dem britischen Diplomaten Harold Nicolson gerierte sich Wilson als „Theokrat“, der unerschütterlich daran geglaubt habe, dass „Gott, Wilson und das Volk“ am Ende triumphieren würden und an dessen „spiritueller Arroganz“ jeder sachliche Einwand abgeprallt sei. Der britische Premier David Lloyd George empfand den US-Präsidenten als „Missionar, der europäische Heiden dazu bekehren wollte, endlich von der Anbetung falscher Götter abzulassen“. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau klagte gegenüber einem Mitglied der amerikanischen Delegation entnervt, mit Wilson zu sprechen sei, als rede man mit Jesus Christus selbst. Zahlreiche Historiker

12 Adam Tooze: *The Deluge: The Great War, America and the Remaking of the Global Order, 1916-1931*. London 2013, S. 22-30, 348 u. 515-517.

13 Max Weber: *Politik als Beruf*. In: Johannes Winckelmann (Hrsg.): *Max Weber Gesammelte Politische Schriften*. 2. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 539 f.

14 Vgl. Arthur S. Link: *Wilson. The New Freedom*. Princeton 1956, S. 68.

haben darauf hingewiesen, dass der Begriff Völkerbund, *League of Nations Covenant*, auf dem Wilson ausdrücklich bestand, die säkularisierte Variante des göttlichen Gnadenbundes mit den Menschen darstellte, der im Zentrum von Wilsons Glaubensüberzeugungen stand. Der Präsident habe sich als Instrument eines göttlichen Heilsplans gesehen, der Welt den Frieden zu bringen. Aus diesem Grund sei es Wilson auch unmöglich gewesen, den Kompromisscharakter des Versailler Friedens einzugestehen oder Vorbehalte gegen die Völkerbundsakte zu akzeptieren.<sup>15</sup>

Dass Woodrow Wilson zeitlebens ein tief religiöser Mensch war und sich als Werkzeug Gottes betrachtete, ist unstrittig und durch zahlreiche öffentliche und private Äußerungen dokumentiert. Er betete täglich, las regelmäßig in der Bibel und glaubte an einen gnädigen Gott, der ihn leitete. Ebenso offenkundig ist, dass dieser Glaube an einen persönlichen Bund mit Gott einem Mangel an Selbstkritik und Kompromissbereitschaft Vorschub leistete.<sup>16</sup> Allerdings muss die Bedeutung der Religion für Wilsons politisches Denken und Handeln in mehrfacher Hinsicht relativiert werden. Wilson war weder ein religiöser Fanatiker, der glaubte, er allein kenne Gottes Willen und sei berufen, diesen auf Erden durchzusetzen, und erst recht kein Theokrat, der eine göttliche Ordnung auf Erden errichten wollte. Sein innen- und außenpolitischer Reformeifer mag religiös inspiriert gewesen sein, aber sein politisches Programm war säkular.

Als Wilson 1910 die Präsidentschaft der Universität Princeton niederlegte und für das Amt des Gouverneurs im US-Bundesstaat New Jersey kandidierte, folgte der damals immerhin schon fast Vierundfünfzigjährige keinem religiösen Erweckungserlebnis, sondern einem Angebot des konservativen Flügels der Demokratischen Partei, der sich von Wilson eine wirtschaftsfreundliche Politik erhoffte.<sup>17</sup> Tatsächlich stellte er sich als Gouverneur von New Jersey jedoch an die Spitze der sozialreformerischen progressiven Bewegung, die ihn 1912 ins Weiße Haus trug. Wilsons „Neue Freiheit“, wie das Motto seiner innenpolitischen Reformagenda lautete, zielte auf die Neudefinition der Rolle des Staates als Akteur und Regulator des Wirtschaftslebens. Zu den wichtigsten Maßnahmen seiner ersten Amtszeit zählen die Beschrän-

15 Harold Nicolson: *Peacemaking 1919*. Boston 1933, S. 162-164; Andrew Preston: *Sword of the Spirit, Shield of Faith: Religion in American War and Diplomacy*. New York 2012, S. 275-290, hier S. 282 (Zitate Lloyd George und Clemenceau); Malcolm D. Magee: *What the World Should Be: Woodrow Wilson and the Crafting of a Faith-based Foreign Policy*. Waco, TX, 2008, S. 1-8.

16 Vgl. die Unterredungen seines Biografen Ray S. Baker mit Dr. Stockton Axson [Wilson's Schwager], 11.2. u. 24.2.1925; RSB (wie Anm. 3), Reel 70; Margaret Wilson [Tochter], 12.3.1925; RSB (wie Anm. 3), Reel 84; John M. Mulder: *Woodrow Wilson: The Years of Preparation*. Princeton 1978, S. 269-277.

17 Mulder: *Woodrow Wilson* (wie Anm. 16), S. 251-268; Arthur S. Link: *The Road to the White House*. Princeton 1947, S. 133-172.

kung von Kartellen, die Einführung einer Bundeseinkommenssteuer und die Schaffung des modernen amerikanischen Zentralbanksystems, des Federal Reserve Boards, um das chaotische Bankensystem der USA zu ordnen.<sup>18</sup> Auch der Historiker und Politikwissenschaftler Woodrow Wilson, der es vor seiner politischen Karriere zu nationaler Bekanntheit gebracht hatte, pflegte einen durchweg empirischen und säkularen Politikbegriff. Seine wichtigsten Werke behandeln das Funktionieren politischer Institutionen; die These, dass die Religion Wilsons gesamtes politisches Denken prägte, lässt sich aus seinen wissenschaftlichen Schriften schlechterdings nicht belegen.<sup>19</sup> Und schließlich repräsentierte der liberale Internationalismus, selbst wenn Wilson ihn als religiöse Pflicht verstehen mochte, der Welt den Frieden zu bringen, ein säkulares und universales Programm, das über Jahrzehnte hinweg weltweite Resonanz auch dort gefunden hat, wo seine religiösen Vorstellungen überhaupt nicht anschlussfähig waren.<sup>20</sup>

Die Idee zur Neuordnung der Welt durch einen Friedensbund demokratisch verfasster Nationalstaaten war auch keine Mission, die Wilson sein Leben lang beseelte, sondern entstand erst nach 1914 als Reaktion auf die Katastrophe des Ersten Weltkrieges. Als Wissenschaftler hatte er sich kaum mit Außenpolitik und Fragen der internationalen Ordnung befasst, und außenpolitische Fragen hatten ihn weder als Gouverneur von New Jersey noch als Wahlkämpfer nennenswert beschäftigt. Kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der USA im November 1912 bemerkte Wilson gegenüber einem ehemaligen Kollegen aus Princeton: „Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn sich meine Administration hauptsächlich der Außenpolitik widmen müsste, denn meine gesamte Vorbereitung auf dieses Amt ist innenpolitisch geprägt.“<sup>21</sup> Dies bedeutet nicht, dass Wilson vor seinem Einzug ins Weiße Haus keine Vorstellungen über die weltpolitische Rolle der USA entwickelt hätte. Er hatte 1898 den Krieg gegen Spanien und anschließend – im Gegensatz zur Mehrheit der Demokratischen Partei – auch die Annexion der Philippinen unterstützt und bekannte sich zur historischen Mission der USA, die

18 Vgl. Link: *The New Freedom* (wie Anm. 14), S. 177-240; Elliot W. Brownlee: *The New Freedom and Its Evolution*. In: Kennedy (Hrsg.): *Companion* (wie Anm. 1), S. 106-132.

19 Wilsons wichtigstes Werk ist seine Analyse des US-Kongresses, vgl. Woodrow Wilson: *Congressional Government. A Study in American Politics*. 15. Aufl. New Brunswick 1900; vgl. auch ders.: *The State. Elements of Historical and Practical Politics. A Sketch of Institutional History and Administration*. Boston 1889; für eine zugespitzte Betonung der Religion in Wilsons politischem Denken vgl. Magee: *What the World Should Be* (wie Anm. 15), S. 1-7, *passim*.

20 Den ideologischen Nutzen des Wilsonianism für die US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert betonen: Frank Ninkovich: *The Wilsonian Century: U.S. Foreign Policy Since 1900*. Chicago 1999, S. 3-5; Walter Russel Mead: *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*. New York 2001, S. 166-172.

21 Vgl. Ray S. Baker: *Woodrow Wilson. Life and Letters*. Bd. 4. Garden City 1931, S. 55.

Ausbreitung von Freiheit und Demokratie zu fördern.<sup>22</sup> In seinem Buch *Constitutional Government* von 1908 schrieb Wilson, die neue weltpolitische Rolle, die den Vereinigten Staaten seit dem Sieg über Spanien 1898 zugefallen war, habe das Amt des US-Präsidenten für immer verändert: „Der Präsident kann nie wieder eine bloß innenpolitische Figur sein, wie er es für den größten Teil unserer Geschichte gewesen ist.“ Im Wahlkampf 1912 erklärte Wilson öffentlich, die USA seien „auserwählt, den Nationen der Welt den Weg auf den Pfad der Freiheit zu weisen.“<sup>23</sup>

Es wäre indessen verfehlt, solche Äußerungen als „außenpolitisches Programm“ des späteren Präsidenten, gar als Plan zur Demokratisierung der Welt zu deuten. Wilsons religiös grundierte Vorstellungen von der besonderen Auserwähltheit und Mission Amerikas waren keinesfalls ungewöhnlich oder radikal, sondern entsprachen dem zeitgenössischen Mainstream-Nationalismus, demzufolge Amerika der Welt das moralische Vorbild geben musste, an dem diese sich läutern sollte.<sup>24</sup> Als Wilson 1913 ins Weiße Haus einzog, zeigte er zunächst wenig Interesse an der Außenpolitik. In seinen ersten beiden Amtsjahren verfolgte der neue Präsident mit großem Erfolg seine innenpolitische Reformagenda der „Neuen Freiheit“.

Seine erste außenpolitische Herausforderung, der mexikanische Bürgerkrieg, geriet dagegen zum Fiasko. Im Frühjahr 1911 war der langjährige mexikanische Diktator Porfirio Diaz durch einen Volksaufstand gestürzt worden, aber der neue, gewählte Präsident Francisco Madero konnte das Land nicht befrieden und fiel im Februar 1913 einem Putsch des Generals Victoriano Huerta zum Opfer. Wilson weigerte sich, Huerta, den er privat als „Schlächter“ bezeichnete, als rechtmäßigen Präsidenten anzuerkennen, und wies entsprechende Forderungen amerikanischer Öllobbyisten indigniert zurück. Tatsächlich machte der US-Präsident kein Geheimnis daraus, dass er den Sturz Huertas anstrebte und die USA gezwungen sein könnten, dieses Ziel „mit anderen als friedlichen Mitteln“ durchzusetzen. Im Frühjahr 1914 provozierte Wilson bewusst eine Militärintervention der USA. Die Besetzung der Hafenstadt Veracruz führte allerdings zu einem Blutbad und brach-

22 Vgl. zu Wilsons Haltung zum Krieg gegen Spanien und Annexion der Philippinen sein Memorandum: *What Ought We to Do?* vom 1.8.1898. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 10, S. 574-576; *A Report of a Speech on Patriotism* vom 14.12.1899. In: Ebd., Bd. 11, S. 297-300; *Knock, To End All Wars* (wie Anm. 9), S. 10 f.

23 Woodrow Wilson: *Constitutional Government*. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 18, S. 120 f.; *An Address in Jersey City* vom 25.5.1912. In: Ebd., Bd. 24, S. 443.

24 Zum amerikanischen Exzeptionalismus in der Außenpolitik vgl. Henry W. Brands: *What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy*. New York 1998, S. VII-X u. 1-21.

te beide Länder an den Rand eines Krieges. Wilson musste einlenken, der innen- und außenpolitische Schaden der Aktion war enorm.<sup>25</sup>

Was veranlasste den Präsidenten zu dieser riskanten Aktion? Nach Ansicht wohlwollender Biografen wollte der Präsident „dem mexikanischen Volk helfen, einen Militärdiktator zu stürzen und eine verfassungsmäßige Regierung zu etablieren“, habe dabei aber beinahe eine Katastrophe verursacht.<sup>26</sup> Kritiker haben Wilson dagegen als religiösen und ideologischen Fanatiker verdammt, der die Mexikaner notfalls auch gegen ihren Willen zur Demokratie nach amerikanischem Vorbild bekehren wollte.<sup>27</sup> Wilsons Agieren in der Mexiko-Krise passt nicht in das Klischee einer Intervention zum Schutz amerikanischer Kapitalinteressen, denn dann hätte er Huerta unterstützen müssen, wie es heimische Wirtschaftskreise forderten. Diese wies der US-Präsident jedoch mit der barschen Erklärung ab, Unternehmer, die ein fremdes Volk ausbeuten und seiner Rechte berauben wollten, verdienen keinen Schutz. Daraus zu schließen, Wilson habe die soziale Revolution in Mexiko gegen ihre reaktionären Feinde schützen wollen, ist freilich ebenso wenig überzeugend.<sup>28</sup>

Die Intervention in Mexiko mag zum Teil der außenpolitischen Unerfahrenheit des Präsidenten zuzuschreiben sein, aber sein Handeln in der Krise zeigte ein Grundmuster, das sich zwischen 1914 und 1919 mehrfach wiederholen sollte. Wilson versuchte, Prinzipienpolitik zu machen – im Falle Mexikos wollte er ein Zeichen für sein Ideal der „geordneten Selbstregierung“ setzen<sup>29</sup> – und verstrickte sich dabei in eklatante Widersprüche und erraticen Aktionismus, die er im Nachhinein zu rationalisieren versuchte. Auch Wilsons unter Zeitgenossen wie Historikern extrem kontroverse Neutralitätspolitik zwischen August 1914 und März 1917 wirkt in der Rückschau als ständiges Lavieren zwischen widersprüchlichen Zielen, hehren Prinzipien und Interessen, Drohungen und Konzessionen. Einerseits rief der Präsident seine Landsleute zu Neutralität und Unparteilichkeit „im Denken wie im Handeln“ auf und bot den Kriegsparteien immer wieder seine Dienste als

25 Vgl. From the Diary of Josephus Daniels, 18.4.1913. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 27, S. 328-333; Our Purpose in Mexico, 23.11.1913, ebd., Bd. 28, S. 585 f.; A Press Release, 3.2.1914, ebd., Bd. 29, S. 216 f.; An Address to Congress, 20.4.1914, ebd., Bd. 29, S. 471-474; Link, The New Freedom (wie Anm. 14), S. 395-400. Vgl. auch Ralph Dietl: USA und Mittelamerika: Die Aussenpolitik von William J. Bryan 1913–1915. Stuttgart 1996.

26 Ebd., S. 347; Cooper, Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 237-244; Knock, To End All Wars (wie Anm. 9), S. 24-30.

27 Benjamin T. Harrison, Wilson and Mexico. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 193-205, hier S. 199.

28 A Fourth of July Address, 4.7.1914, PWW (wie Anm. 9), Bd. 30, S. 248-255, hier S. 251-52; Knock, To End All Wars (wie Anm. 9), S. 28 ff.

29 Our Purpose in Mexico (wie Anm. 25).

Vermittler an.<sup>30</sup> Andererseits sympathisierte der anglophile Wilson mit Großbritannien und ließ zu, dass Amerikas wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen ausschließlich den Alliierten zugute kamen. Die US-Regierung bestand auf der Freiheit der Meere und dem Recht der Neutralen, nahezu unbeschränkt mit den kriegführenden Mächten Handel zu treiben, beließ es gegenüber der britischen Blockade jedoch bei milden Protesten, während sie den deutschen U-Boot-Krieg in schärfster Tonart verurteilte. Nach der Versenkung der *Lusitania* Anfang Mai 1915, bei der rund 1200 Zivilisten ums Leben kamen, darunter 128 US-Bürger, verkündete Wilson allerdings, Amerika „sei zu stolz, um zu kämpfen“, und habe so sehr das Recht auf seiner Seite, dass es die Welt nicht mit Gewalt davon überzeugen müsse. Immerhin war Wilsons Neutralitätspolitik bis Anfang 1917 erfolgreich, insofern sie das Deutsche Reich fast zwei Jahre dazu brachte, den Seekrieg nach amerikanischen Vorgaben zu führen. Selbst nach der Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 und dem Bekanntwerden des geheimen deutschen Bündnisangebots an Mexiko am 1. März – der berühmten Zimmermann-Depesche – hielt Wilson an Amerikas „bewaffneter Neutralität“ fest. Erst die Versenkung mehrerer amerikanischer Handelsschiffe durch deutsche U-Boote Mitte März ließ ihm keine andere Wahl mehr als den Kriegseintritt der USA.<sup>31</sup>

Das entscheidende Motiv Wilsons, Amerika solange wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten, war die Hoffnung, als neutraler Vermittler einen „Frieden ohne Sieg“ herbeizuführen, den er am 22. Januar 1917 in einer großen Rede vor dem US-Senat vorschlug. Erstmals skizzierte Wilson vor der Weltöffentlichkeit die Grundlagen des liberalen Internationalismus, der sich fortan mit seinem Namen verbinden sollte. Das alte System des Gleichgewichts der Mächte musste durch eine neuorganisierte Gemeinschaft des Friedens ersetzt werden. Große und kleine Nationen sollten die gleichen Rechte genießen, der Länder- und Völkerschacher der Vergangenheit ein Ende haben, die Nationen über ihre Regierungsform und innere Entwicklung selbst entscheiden. Als *conditio sine qua non* des künftigen Friedens und Grundlage einer liberalen Weltwirtschaft forderte Wilson die Wiederherstellung der Freiheit der Meere sowie die Abrüstung aller Land- und Seestreitkräfte. Der US-Präsident nahm für sich in Anspruch, für „die Liberalen und Menschenfreunde in allen Nationen“, ja für die „schweigende Masse der Menschheit“ zu sprechen. Mit großer Zuversicht versicherte er, dass sich auch die USA an einem

30 An Appeal to the American People, 18. 8. 1914, PWW (wie Anm. 9) Bd. 30, S. 393 f.

31 An Appeal to the American People, 18.8.1914. In: ebd. S. 393 f.; An Address in Philadelphia, 10.5.1915, ebd., Bd. 33, S. 147-150; einen umfassenden Überblick über die Historiografie zu Wilsons Neutralitätspolitik gibt Justus D. Doenecke: *Neutrality Policy and the Decision for War*. In: Kennedy (Hrsg.): *Companion* (wie Anm. 1), S. 243-269.

„Bund des Friedens“ beteiligen würden, denn dieser beruhe auf amerikanischen Prinzipien, die zugleich die Prinzipien der ganzen Menschheit seien.<sup>32</sup>

Die Grundpositionen des liberalen Internationalismus, die Wilson zwischen 1914 und 1919 entwickelte und immer wieder den sich verändernden Umständen anpasste, lassen sich so zusammenfassen: Die Ursache des Weltkrieges stellte das alte System der europäischen Macht- und Gleichgewichtspolitik dar, das durch einen allgemeinen Bund demokratischer Nationalstaaten unter amerikanischer Führung ersetzt werden musste. Dieser Völkerbund würde zukünftig den Frieden durch Abrüstung, Gewaltverzicht, offene Diplomatie und gegebenenfalls durch kollektive Abwehr von Aggressoren sichern. Die Völker hatten ein Recht auf Selbstbestimmung, die Staaten verzichteten untereinander auf Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Freiheit der Meere war für Wilson die unverzichtbare Bedingung einer liberal-kapitalistischen Weltwirtschaft, die den Wohlstand aller Nationen mehrte. Die politische Voraussetzung des Wilsonschen Internationalismus bildete der demokratische Friede, demzufolge Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Demokratisch regierte Völker, erklärte der Präsident in seiner Kriegsbotschaft vom 2. April 1917, würden sich nie für den Krieg entscheiden. Deshalb führe Amerika auch keinen Krieg gegen das deutsche Volk, das den von seiner Führung angezettelten Krieg nicht gewollt habe.<sup>33</sup>

Auch Historiker, die Wilson positiv beurteilen, haben darauf hingewiesen, dass an diesen Ideen wenig neu und originell war. Englische Radikale und Pazifisten propagierten ähnliche Vorstellungen seit Beginn des Weltkrieges, den Begriff „League of Nations“ prägte Goldsworthy Lowes Dickenson, ein Altertumsforscher in Cambridge, in einem Aufsatz für das *Atlantic Monthly Magazine* vom Dezember 1914. Auch viele Pazifisten und Progressive in den USA vertraten einen konsequenten Internationalismus.<sup>34</sup> Sein politisches Gewicht erhielt Wilsons liberaler Internationalismus durch sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten, der einzigen Weltmacht, die sich zunächst nicht am Krieg beteiligte und aufgrund ihrer ökonomischen und moralischen Ressourcen möglicherweise einen Vermittlungsfrieden herbeiführen konnte. Das Versprechen, dass die USA ihre selbstgewählte Isolation verlassen und

32 An Address to the Senate, 22.1.1917. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 40, S. 533-539. Wilson hatte bereits im Mai 1916 in einer Rede vor der League to Enforce Peace einen Völkerbund ins Gespräch gebracht, was in Europa jedoch als Wahlkampf betrachtet worden war. Vgl. An Address to the League to Enforce Peace, 27.5.1916, ebd., Bd. 37, S. 113-116; Knock: *To End All Wars* (wie Anm. 9), S. 76-81.

33 An Address to a Joint Session of Congress, 2.4.1917. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 41, S. 519-527, hier S. 523; zu den Grundprinzipien des Wilsonschen Internationalismus vgl. Ambrosius: *Legacy and Reputation* (wie Anm. 2), S. 572 ff.; zum Demokratischen Frieden vgl. Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.): *Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters*. Essen 2011.

34 Vgl. Knock: *To End All Wars* (wie Anm. 9), S. 33-38 u. 49-54.

künftig die Führung bei der Sicherung des Weltfriedens übernehmen würden, war mindestens ebenso wichtig wie die von Wilson beschworenen Prinzipien selbst. Auf Seiten der kriegführenden Parteien war freilich der Argwohn groß, dass sich hinter dem Idealismus des US-Präsidenten die Absicht versteckte, ihnen einen von Amerika diktierten Frieden aufzuzwingen. Wilsons Vermittlungsinitiative um die Jahreswende 1916/17, die er mit wohl朵isiertem finanziellem Druck auf London und Paris verband, löste bei den alliierten Regierungen blankes Entsetzen aus. Doch mochte man Wilson auch für einen selbstgerechten Phrasendrescher halten, so konnte gleichwohl niemand mehr ignorieren, dass sich die Machtverhältnisse dramatisch zugunsten der USA verschoben hatten.<sup>35</sup> Mit dem amerikanischen Kriegseintritt im April 1917 stand der US-Präsident vor der Herausforderung, das Machtpotential seines Landes so einzusetzen, dass der Krieg mit einem Frieden endete, der den Prinzipien seines liberalen Internationalismus entsprach.

### III.

Für welche Ziele aber führte Woodrow Wilson die Vereinigten Staaten in den Krieg? In seiner Kriegsbotschaft vom 2. April 1917 erklärte der Präsident, Amerika kämpfe nicht für eigennützige Interessen, territorialen oder finanziellen Gewinn, sondern allein für die Rechte der Menschheit. Vermutlich ist keiner seiner Sätze bekannter als die in der Kriegsbotschaft proklamierte Forderung: „The world must be made safe for democracy.“ Es gibt allerdings zwei Lesarten dieser Botschaft. Die erste, die Wilsons Image als „Kreuzzügler“ geprägt hat, lautet: Amerika führt Krieg, um die Welt zu demokratisieren! So verstanden auch die Zeitgenossen den Satz, denn das Leitmotiv der Rede war unübersehbar der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Die alternative Deutung verweist dagegen auf den ungewöhnlichen Gebrauch des Passivs und sieht in dem Satz lediglich ein Bekenntnis zu einer internationalen Ordnung, in der Demokratien friedlich existieren und die Demokratie als Regierungsform gedeihen kann.<sup>36</sup>

In der Tat hatte Wilson in seinen politikwissenschaftlichen Arbeiten stets ein eher liberal-konservatives Ordnungsmodell vertreten, das auf individueller Freiheit, repräsentativer Regierung und der Ablehnung unbeschränkter Mehrheitsherrschaft beruhte. Seit seiner Jugend bewunderte er den britischen Parlamentarismus, sein intellektueller Leitstern war Edmund Burke,

35 An Appeal for a Statement of War Aims, 18.12.1916. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 40, S. 272-276; Tooze: The Deluge (wie Anm. 12), S. 51-56; Ross Gregory: The Origins of American Intervention in the First World War. New York 1971, S. 110-120.

36 An Address to a Joint Session of Congress, 2.4.1917 (wie Anm. 33), S. 525; Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 6.

dessen evolutionäres Verständnis von historischem Wandel Wilson teilte. Selbstregierung und Demokratie verstand er als historisch gewachsene angelsächsische Institutionen, die anderswo nur als Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses Wurzeln schlagen konnten.<sup>37</sup> Der Gedanke, dass die USA die Ordnung der Welt nach ihrem eigenen Vorbild und Wertmaßstäben umgestalten und zu diesem Zweck sogar in einen Krieg der europäischen Großmächte eingreifen müssten, lag Wilson bis zum Ersten Weltkrieg ebenso fern wie den meisten seiner Landsleute. Auch nach dem Kriegseintritt der USA, hielt Wilson daran fest, es sei nicht sein Ziel, irgendeiner Nation eine bestimmte Regierungsform aufzwingen zu wollen: „Ich kämpfe nicht für die Demokratie, außer dort, wo die Völker selbst die Demokratie wollen“, erklärte er im April 1918 gegenüber ausländischen Journalisten und fügte hinzu, es sei ihm zwar unbegreiflich, aber er kenne viele Deutsche, die mit ihrer derzeitigen Regierungsform zufrieden seien.<sup>38</sup>

Einige Historiker haben Wilson scharf dafür kritisiert, dass er der Rhetorik seiner Kriegsbotschaft, Amerika kämpfe auch für die Befreiung des deutschen Volkes, keine Taten folgen ließ. Im Herbst und Winter 1918 misstraute der US-Präsident der Demokratisierung Deutschlands ebenso wie den Repräsentanten der deutschen Republik. Zwar forderte er Ende Oktober 1918 von der deutschen Regierung, Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei, dass nicht die „militärischen Herrscher und monarchischen Autokraten“ das Reich repräsentierten,<sup>39</sup> aber damit verband sich keineswegs die Bereitschaft, die Demokratisierung Deutschlands aktiv zu unterstützen. Die Waffenstillstandsverhandlungen und der Verzicht auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands dienten dem Zweck, die Alliierten zur Annahme der Vierzehn Punkte zu zwingen. Nach Abschluss der Friedensverhandlungen bekannte er sich ausdrücklich, wengleich in eklatantem Widerspruch zu seinen früheren Aussagen, zum Strafcharakter des Versailler Vertrages, denn das deutsche Volk habe die Verbrechen seiner Führung gebilligt. Sein Appell, die Welt sicher für die Demokratie zu machen, bedeutete im Hinblick auf Deutschland zuallererst, die Demokratie vor einem deutschen Sieg zu schützen, und nicht, den Deutschen die Demokratie zu bringen. Die deutsche Empörung über Wilson wiederum beruhte zu einem Gutteil darauf, dass man glaubte, durch den Regimewechsel einen moralischen Anspruch auf einen

37 Edmund Burke: *The Man and His Times*, 31.8.1893. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 8, S. 318-343; *Democracy*, 5.12.1891. In: ebd., Bd. 7, S. 344-369.

38 *Remarks to Foreign Correspondents*, 8.4.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 47, S. 284-289, Zitat S. 288.

39 *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States*. 1918, Supplement 1 Washington, D.C., S. 381 ff.

Wilson-Frieden und die gleichberechtigte Aufnahme in den Völkerbund zu haben.<sup>40</sup>

Auch die US-Intervention in den russischen Bürgerkrieg zwischen 1918 und 1920 kann kaum als Versuch gewertet werden, die Demokratie in Russland durchzusetzen, obschon Wilson im April 1917 den Sturz des Zaren als Fingerzeig der Geschichte gefeiert und dem russischen Volk eine demokratische Seele bescheinigt hatte.<sup>41</sup> Die Sowjetpropaganda bauschte die Intervention später zum imperialistischen Komplott gegen die Revolution auf, doch in Wirklichkeit zögerte Wilson lange, bevor er relativ kleine Truppenkontingente nach Nordrussland und Sibirien entsandte, deren Aufgabe darin bestand, den Rückmarsch der sogenannten tschechischen Legion – ehemalige Kriegsgefangene aus der Armee des Habsburger-Reiches, die sich den Alliierten anschließen wollten – zu decken und alliierte Waffenlager zu bewachen. Trotz einiger Scharmützel mit der Roten Armee griffen die US-Truppen nicht in den Bürgerkrieg ein und wären dazu auch viel zu schwach gewesen. Von einem ideologisch motivierten militärischen Eingreifen zur Durchsetzung der liberalen Demokratie gegen die Bolschewiki kann keine Rede sein.<sup>42</sup> Unabhängig davon, welche ideologischen und situationsbedingten Motive Wilsons Politik gegenüber Deutschland und Russland bestimmten: einen Kreuzzug für die Demokratie führte er in keinem der beiden Länder.

Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker bildeten in Wilsons Denken eine axiomatische Einheit. Völker, die frei über ihre staatliche Zugehörigkeit und Regierungsform wählen können, würden sich für den demokratischen Nationalstaat entscheiden. Es waren vor allem die enttäuschten Erwartungen, die Wilson mit seiner Rhetorik über das Selbstbestimmungsrecht geweckt hatte, die ihn in den Augen vieler Zeitgenossen diskreditierten. Wilsons Außenminister Robert Lansing ging in seinen Memoiren hart mit Wilsons Selbstbestimmungsrhetorik ins Gericht und behauptete, er selbst habe bereits in Paris vorhergesehen, dass der Begriff mit „Dynamit“ geladen sei und unsägliches Leid verursachen werde. Der mit den ethnischen Ge-

40 Daniel Larsen: *Abandoning Democracy: Woodrow Wilson and Promoting German Democracy, 1918–1919*. In: *Diplomatic History* Bd. 37 (2013), S. 476–508; Graebner/Bennett: *The Versailles Treaty* (wie Anm. 10), S. 48. Für eine konzise Analyse der Wilsonschen Ziele gegenüber Deutschland vgl. Klaus Schwabe: *President Wilson and the War Aims of the United States*. In: Holger Afflerbach (Hrsg.): *The Purpose of the First World War*. Berlin 2015, S. 209–234; *An Address to the Columbus Chamber of Commerce*, 4.9.1919. In: *PWW* (wie Anm. 9), Bd. 63, S. 7–18; Alexander Sedlmaier: *Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration*. Stuttgart 2003, S. 157–159.

41 *An Address to a Joint Session of Congress*, 2.4.1917 (wie Anm. 33), S. 524.

42 Vgl. David S. Foglesong: *Policies towards Russia and Intervention in the Russian Revolution*. In: Kennedy (Hrsg.): *Companion* (wie Anm. 1), S. 386–405; vgl. auch Georg Schild: *Between Ideology and Realpolitik: Woodrow Wilson and the Russian Revolution, 1917–1921*. Westport, CT, 1995.

mengelagen und europäischen Mikro-Nationalismen nicht vertraute US-Präsident, so argumentieren Kritiker bis heute, habe bei der territorialen Neuordnung Europas vorwiegend Chaos und Unzufriedenheit gestiftet und zudem seine Prinzipien höchst einseitig zulasten der Besiegten umgesetzt. Für nicht-weiße Minderheiten und kolonialisierte Völker, denen der durch den Rassismus des amerikanischen Südens geprägte Wilson nicht die Fähigkeit zur Selbstregierung zutraute, sollte das Selbstbestimmungsrecht ohnehin nicht gelten, obwohl seine Rhetorik gerade bei den Eliten kolonialer und halbkolonialer Gesellschaften auf begeisterte Resonanz stieß.<sup>43</sup>

Wilson's Verteidiger weisen jedoch darauf hin, dass der Präsident den Begriff Selbstbestimmung weder geprägt noch häufig benutzt habe. In den Vierzehn Punkten, seiner wichtigsten programmatischen Äußerung zur territorialen Neuordnung der Welt, kommt das Wort gar nicht vor. Stattdessen ist von der autonomen Entwicklung der Völker der Habsburger Monarchie und des Osmanischen Reiches die Rede; die Grenzen Italiens und Polens sollten gemäß klar erkennbarer ethnischer Kriterien gezogen werden; bei der Regelung kolonialer Ansprüche waren die Interessen der betroffenen Bevölkerung zu berücksichtigen. Dass die Umsetzung solcher vager Grundsätze in der Praxis erheblichen Konfliktstoff barg, war Wilson völlig klar, weshalb er bereits im September 1917 eine Studiengruppe zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen eingesetzt hatte, deren Expertise allerdings fragwürdig war und später kaum Gehör fand. Die territoriale Neuordnung vor allem Ostmittel- und Südosteuropas auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts musste notwendig zu Kompromissen und Enttäuschungen führen, doch ließ sich zur Rechtfertigung der Pariser Friedensverträge auch anführen, dass nach dem Ersten Weltkrieg insgesamt weniger nationale Minderheiten in den Staaten Europa lebten als zuvor und dass der Völkerbund diesen Minderheiten neue Rechte gegeben hatte. Selbst der Wilson-Kritiker Lloyd Ambrosius nimmt den US-Präsidenten gegen den Vorwurf in Schutz, dieser habe „allen möglichen Völkern die baldige Selbstbestimmung“ versprochen, und weist im Übrigen darauf hin, dass sich Wilsons konkrete Interpretationen des

43 Robert Lansing: *The Peace Negotiations. A Personal Narrative*. Boston 1921, S. 97 f.; Graebner/Bennett: *The Versailles Treaty* (wie Anm. 10), S. 49-52; M. B. B. Biskupski: *Wilson's Policies towards Eastern and Southeastern Europe, 1917-1919*. In: Kennedy (Hrsg.): *Companion* (wie Anm. 1), S. 406-425; Manela: *The Wilsonian Moment* (wie Anm. 3); Derek Heater: *National Self-Determination. Woodrow Wilson and His Legacy*. New York 1994.

Selbstbestimmungsrechtes auf der Friedenskonferenz meist zugunsten Deutschlands ausgewirkt hätten.<sup>44</sup>

Neben den Forderungen zur territorialen Neuordnung enthielten die Vierzehn Punkte auch die allgemein formulierten Prinzipien des Wilsonschen Internationalismus, nämlich öffentliche Friedensverhandlungen und Verträge, die Freiheit der Meere, Freihandel, allgemeine Abrüstung und den Völkerbund. Sowohl die Zeitgenossen als auch die Historiker haben sich immer wieder an der Frage abgearbeitet, ob der Versailler Vertrag dem Vierzehn Punkte-Programm entsprach, das Deutschland und die Alliierten im Oktober/November 1918 als Grundlage der künftigen Friedensverhandlungen akzeptiert hatten. Als Anfang Mai 1919 die Friedensbedingungen bekannt wurden, traten mehrere Mitglieder der US-Friedensdelegation unter Protest zurück. Woodrow Wilson selbst verteidigte den Versailler Vertrag dagegen als „einzigartiges historisches Dokument“, das die Grundlage für eine neue weltweite Friedensordnung schaffe. Auch wenn er den Kompromisscharakter des Vertrages öffentlich niemals einräumte, war er sich durchaus dessen Fehler und Schwächen bewusst, glaubte aber, dass sich diese im Laufe der Zeit korrigieren lassen würden.<sup>45</sup> Die deutsche Forderung nach Revision des Versailler Vertrages stützte sich vor allem auf die Behauptung, das Reich habe die Waffen im Vertrauen auf Wilsons Zusagen niedergelegt, die dieser dann aber bei den Friedensverhandlungen gebrochen habe – eine Position, die sich auch namhafte Wilson-Kritiker aus dem alliierten Lager wie Keynes und Nicolson zu eigen machten.<sup>46</sup>

Dass der Versailler Vertrag in wichtigen Punkten zu Buchstaben und Geist des Wilson-Programms im Widerspruch stand, lässt sich kaum bestreiten. Es handelte sich nicht um einen Frieden unter Gleichen, sondern um einen Vertrag, den die Sieger dem Besiegten diktierten: Deutschland verlor knapp ein Siebtel seines Territoriums, viele territoriale Bestimmungen waren im Hinblick auf die Wünsche der betroffenen Bevölkerungen fragwürdig. Das

44 An Address to a Joint Session of Congress, 8.1.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 45, S. 534-539; Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 6; Lawrence E. Gelfand: The Inquiry: American Preparation for Peace, 1917-1919. New Haven, CT, 1963; Hamilton F. Armstrong: Versailles: Retrospect. In: Foreign Affairs Bd. 11 (1932), S. 173-189; Lloyd E. Ambrosius: Nationale Selbstbestimmung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Eine Vergleichsstudie von Wilson bis Roosevelt. In: Manfred Berg/Philipp Gassert (Hrsg.): Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2004, S. 237-262, hier S. 238-249.

45 An Address to a Joint Session of Congress, 8.1.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 45, S. 534-539; Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 58 f.; An Address to the Columbus Chamber of Commerce, 4.9.1919. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 63, S. 7-18; Memorandum of Conversation with Mrs. Woodrow Wilson [Edith Wilson], 7.12.1925. In: RSB (wie Anm. 3), Reel 84.

46 Keynes: Economic Consequences (wie Anm. 6), S. 34 f.; vgl. auch Nicolson: Peacemaking 1919 (wie Anm. 15), S. 38-44.

Deutsches Reich musste einseitig abrüsten und zahlreiche wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Der berühmte Artikel 231 des Versailler Vertrages bezeichnete Deutschland und seine Verbündeten als Angreifer, die für alle Verluste und Schäden der Alliierten verantwortlich seien, und konfrontierte das Reich mit enormen, wenngleich vorerst noch unbestimmten Reparationsforderungen. Zudem wurde Deutschland, ebenso wie die übrigen Verlierer des Krieges, nicht zum Völkerbund zugelassen, der damit bis auf weiteres ein Klub der Sieger blieb.<sup>47</sup>

Die deutsche Lesart der Vierzehn Punkte und der Vorwurf des „Verrats“ an die Adresse Wilsons liefern freilich kaum angemessene Maßstäbe für die Beurteilung der Wilsonschen Friedenspolitik. Auf deutscher Seite vergossen gerade viele Annexionisten Krokodilstränen über die Missachtung des Völkerrechts, die bis zum Sommer 1918 einem deutschen Diktatfrieden das Wort geredet und Wilsons Friedensprogramm gänzlich ignoriert hatten. Angesichts der allgemeinen Entrüstung über das „Schanddiktat“ ging in der deutschen Diskussion die nach einem verlorenen Weltkrieg bemerkenswerte Tatsache nahezu völlig unter, dass der Vertrag Deutschland seine potentielle Großmachtstellung beließ und durchaus Möglichkeiten einer friedlichen Revisionspolitik eröffnete. Eberhard Kolbs Diktum, dass es für Deutschland „noch wesentlich schlimmer“ hätte kommen können, trifft zu, auch wenn die meisten Deutschen dies 1919 nicht erkennen konnten oder wollten. Dass es nicht schlimmer kam, war entscheidend Woodrow Wilson zu verdanken, der sich unter anderem bis an den Rand des Konferenzabbruchs gegen die französischen Forderungen nach der Rheingrenze gestemmt hatte.<sup>48</sup> Im Übrigen hätte auch den Deutschen klar gewesen sein müssen, dass der US-Präsident seinen europäischen Verbündeten würde Konzessionen machen müssen. Die Vertreter der Alliierten verwahrten sich im Rückblick allerdings entschieden gegen die Vorstellung eines nachgiebigen US-Präsidenten. Der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando insistierte, während der gesamten Friedenskonferenz sei keine einzige Entscheidung gegen den Willen Wilsons gefallen. Das Problem sei vielmehr gewesen, dass Wilson seine Positionen ständig geändert habe. Keynes insinuierte, eine großzügigere Regelung der

47 Die amtliche Fassung des Vertrages: Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Berlin 1925; vgl. auch die konzise und ausgewogene Darstellung bei Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. 2. Aufl. München 2011, S. 41-69.

48 Vgl. Berg: Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten (wie Anm. 4), S. 85-94; Kolb: Der Frieden von Versailles (wie Anm. 47), S. 91-110, hier S. 103; vgl. auch den Überblick bei Klaus Schwabe: Negotiating Peace Terms for Germany. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 445-469; umfassend Arthur Walworth: Wilson and His Peacemakers: American Diplomacy at the Paris Peace Conference 1919. New York 1986.

Reparationen sei an der strikten Weigerung der US-Delegation gescheitert, im Gegenzug die alliierten Kriegsschulden in den USA zu reduzieren.<sup>49</sup>

Wilson hatte den Alliierten vor allem deshalb weitreichende Konzessionen gemacht, um das Kernstück seines liberalen Internationalismus, die Gründung des Völkerbundes, sicherzustellen. Dass der US-Kongress schließlich die Ratifizierung des Friedensvertrages ablehnte, wurde zur persönlichen Tragödie für den Präsidenten und zum schweren Schlag für die Stabilität der Nachkriegsordnung. Die innenpolitische Opposition in den USA gegen den Versailler Vertrag hatte allerdings nichts mit den deutschen Gravamina zu tun, tatsächlich hielten die Wortführer der Republikaner Wilson für viel zu deutschfreundlich. Im Zentrum der Debatten stand Artikel 10 der Völkerbundsatzung, der die Mitgliedsstaaten ganz allgemein zum gegenseitigen Beistand gegen äußere Angriffe verpflichtete. Viele Amerikaner fürchteten, dass US-Soldaten auf Geheiß des Völkerbundes bald überall auf der Welt kämpfen müssten. Die traditionellen Isolationisten sahen in Artikel 10 eine inakzeptable Einschränkung der amerikanischen Souveränität und lehnten den Völkerbund rundweg ab. Die Mehrheit der Republikaner war unter Vorbehalten zur Ratifizierung bereit, sofern klar gestellt worden wäre, dass die Rechte des Kongresses und die Souveränität der Vereinigten Staaten durch Artikel 10 nicht tangiert würden. Wilson jedoch lehnte derartige Einschränkungen als Verwässerung seines Friedenswerkes ab und schwor seine Anhänger darauf ein, gegen alle Zusätze zu stimmen. Seine Witwe berichtete später, sie selbst habe ihren Gatten überzeugen wollen, einigen Zusätzen zuzustimmen, doch habe der Präsident dies mit dem Argument abgelehnt, wenn er Vorbehalte akzeptiere, müsse man dieses Recht auch den anderen Nationen einräumen. Nach zweimaliger Abstimmung im US-Senat scheiterten der Völkerbund und damit der gesamte Friedensvertrag im März 1920 endgültig an einer unechten Mehrheit unversöhnlicher Gegner und kompromissloser Anhänger des Präsidenten.<sup>50</sup>

Wilsons beharrliche Weigerung, seinen innenpolitischen Kritikern entgegenzukommen, haben freundlich gesinnte Historiker mit dem Schlaganfall erklärt, der ihn seit Anfang Oktober 1919 weitgehend handlungs- und entscheidungsunfähig gemacht habe. Thomas Knock hat Wilson darüber hinaus mit dem Argument verteidigt, es sei seinen Gegnern nicht um sachliche Vorbehalte, sondern um die völlige Sabotage des Völkerbundes gegangen. Wilson habe daher gar nicht nachgeben können, sofern er überhaupt am Völker-

49 Vittorio Orlando: Wilson and Lansing. In: Saturday Evening Post, 25.3.1929, Kopie in: RSB (wie Anm. 3) Box 135; Tooze: The Deluge (wie Anm. 12), S. 295-304.

50 Auch das Scheitern des Völkerbundes ist unter Historikern äußerst kontrovers. Vgl. John M. Cooper: The League Fight. In: Kennedy: Companion (wie Anm. 1), S. 518-527; Memorandum of Conversation with Mrs. Woodrow Wilson, 27.1.1925 (wie Anm. 45).

bund festhalten wollte.<sup>51</sup> Tatsächlich trägt Wilson jedoch ein Gutteil der Verantwortung für das Scheitern des Völkerbundes im US-Senat, ja in der Rückschau erscheint sein gesamtes innenpolitisches Agieren im Kampf um den Völkerbund als eine Serie grandioser Fehlkalkulationen. Obwohl sich schon vor den Kongresswahlen im November 1918 ein Erfolg der Republikaner abzeichnete, erklärte Wilson die Wahlen zur Abstimmung über seine Politik, mit dem Ergebnis, dass ihm die Opposition, nachdem sie in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit gewonnen hatte, die Autorität absprach, überhaupt zur Friedenskonferenz zu reisen und dort für das amerikanische Volk zu sprechen. Wilson fuhr trotzdem, doch obwohl der künftige Friedensvertrag im Senat eine Zweidrittelmehrheit benötigen würde, holte der Präsident keinen führenden Republikaner in die US-Friedensdelegation und machte insbesondere keinerlei Anstalten, den mächtigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den republikanischen Senator Henry Cabot Lodge, in die Mitverantwortung zu nehmen. Da die Republikaner sich bereits vor Beginn der Konferenz von seinem Friedensprogramm distanziert hätten, so Wilsons Argument, habe es keinen Sinn, sie einbinden zu wollen.<sup>52</sup>

Nachdem sich die Unterhändler in Paris Mitte Februar 1919 im Prinzip auf den Völkerbund verständigt hatten, reiste der Präsident für mehrere Wochen zurück in die USA, um für sein Projekt zu werben, drang aber auch nach eigener Einschätzung nicht zu seinen Kritikern durch. Als Wilson nach Abschluss der Friedenskonferenz im Juli nach Washington zurückkehrte, hatten sein Intimfeind Lodge und andere führenden Republikaner bereits die Reihen geschlossen. Wilson beschloss daraufhin, direkt an das amerikanische Volk zu appellieren, und begab sich auf eine Rundreise durch die USA, um bei Massenkundgebungen für den Völkerbund zu werben. Die Tour setzte seiner ohnehin angeschlagenen Gesundheit so zu, dass er zunächst einen Zusammenbruch und dann einen Schlaganfall erlitt. Allen Ratschlägen, die von Lodge geforderten Vorbehalte zu akzeptieren, erteilte er eine kategorische Absage. Selbst nach dem Scheitern der Völkerbundsatzung im Senat hoffte Wilson, bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen das Blatt noch einmal wenden zu können. Vergeblich, denn der Republikaner Warren Harding errang einen Erdrutschsieg über den Demokraten James Cox. Doch anscheinend blieb Wilson bis zu seinem Tod am 3. Februar 1924 davon über-

51 Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 7; umfassend ders.: *Breaking the Heart of the World: Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations*. New York 2001; Knock: *To End All Wars* (wie Anm. 9), S. 259-268.

52 Ebd., S. 189-193; Memorandum of Conversation with Homer Cummings, 21.11.1928. RSB (wie Anm. 3), Reel 73; David Hunter Miller: *Some Legal Aspects of the Visit of President Wilson to Paris*. In: *Harvard Law Review* 36 (1922), S. 51-78.

zeugt, dass sich das amerikanische Volk doch noch dem Völkerbund anschließen werde.<sup>53</sup>

Blickt man auf die Art und Weise, wie Woodrow Wilson in den Jahren 1914 bis 1920 seine Vorstellungen einer neuen liberalen Weltordnung propagierte und umzusetzen versuchte, so ergibt sich das Bild eines Politikers, der von der moralischen und politischen Notwendigkeit seiner Ziele durchdrungen und mit geradezu autosuggestiver Kraft darum bemüht war, alle Widersprüche zwischen seinen Prinzipien und der Realität ebenso wie die zwischen seinen Worten und seinem Handeln aufzuheben. Bei seinen öffentlichen Kundgebungen für den Völkerbund bestritt Wilson nicht nur, dass der Friedensvertrag von seinen Prinzipien nennenswert abwich, sondern darüber hinaus auch, dass es auf der Friedenskonferenz überhaupt eine Diskussion über Prinzipien gegeben habe. Der Versailler Frieden sei ein „amerikanischer Vertrag“, der zugleich den Willen aller alliierten Nationen widerspiegele. Das war nicht nur zweckgebundene Rhetorik. Wilson war zutiefst davon überzeugt, dass die „ganze Welt auf Amerika wartet und vertraut“, dass Amerikas Prinzipien die der ganzen Menschheit seien und dass er als US-Präsident deshalb nicht nur für sein Land, sondern für die Menschheit sprechen würde.<sup>54</sup> Aus Sicht seiner europäischen Partner stellte dieser Anspruch eine kaum hinnehmbare Anmaßung dar, denn während Wilson als Wahlverlierer nach Paris kam, hatte Lloyd George gerade triumphal die britischen Unterhauswahlen gewonnen und Clemenceau ein eindrucksvolles Vertrauensvotum im französischen Parlament erhalten. Wilsons Neigung, Prinzipienfestigkeit zu demonstrieren, indem er in apodiktischer Weise offenkundig widersprüchliche Positionen vertrat, brachte auch Verbündete und Gefolgsleute schier zum Verzweifeln. Hinter dem Präsidenten zu stehen, resümierte ein frustrierter Anhänger, sei „physisch unmöglich und intellektuell absurd“. <sup>55</sup> Wilson war subjektiv gewiss kein Heuchler, aber seine Rhetorik und sein Gestus mussten diesen Eindruck unvermeidlich erwecken. Er war ein Prinzipienpolitiker, der liberale Grundsätze vertrat, dem jedoch die geistige und politische Flexibilität fehlte, die liberale Politik idealiter auszeichnet.

53 Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 231 ff.; kritisch Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 60-66; Memorandum of Conversation with Albert Burleson, 28.4.1927. RSB (wie Anm. 3), Reel 72; Memorandum of Conversations with Dr. Axson [Wilson's Schwager], Margaret Wilson [Tochter] also present, 28.8.1931. Ebd., Reel 70.

54 An Address to the Columbus Chamber of Commerce, 4.9.1919 (wie Anm. 9), S. 7-18, hier S. 17; An Address to the Senate, 22.1.1917 (wie Anm. 32), Bd. 40, S. 538 f.

55 Nicolson: Peacemaking (wie Anm. 15), S. 165; John K. Turner: Standing behind the President - An Impossibility. In: The Nation, 6.10.1920, S. 370 ff.

#### IV.

In seinem unerschütterlichen Glauben, den wahren Willen des amerikanischen Volkes zu repräsentieren, konnte sich Wilson nie eingestehen, dass der Völkerbund keineswegs bloß einer politischen Intrige seiner innenpolitischen Gegner zum Opfer gefallen war, sondern dass die Opposition auch eine veränderte Grundstimmung in der amerikanischen Bevölkerung widerspiegelte. Nach den Aufregungen des Weltkrieges wünschte die Mehrheit der Amerikaner eine „Rückkehr zur Normalität“, wie der Slogan lautete, mit dem die Republikaner im November 1920 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatten. Auch wenn die USA in den zwanziger Jahren eine Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung Deutschlands und Europas betrieben<sup>56</sup>, erschien der liberale Internationalismus Wilsonscher Provenienz hoffnungslos diskreditiert. In den dreißiger Jahren gewann eine Sichtweise enormen Einfluss, die Amerikas Kriegseintritt als Verschwörung profitgieriger Waffenproduzenten und Bankiers deutete, zu deren Handlanger sich der naive Idealist Wilson nolens volens gemacht habe. Solche Verschwörungstheorien bildeten den Hintergrund einer spektakulären Senatsuntersuchung von 1934 bis 1936 über die Umstände des amerikanischen Kriegseintritts und der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung, die verhindern sollte, dass die USA ein weiteres Mal in einen europäischen Krieg verwickelt würden.<sup>57</sup>

Der Zweite Weltkrieg führte jedoch zu einer nachhaltigen Rehabilitierung des liberalen Internationalismus wie der Person Woodrow Wilsons. Es entstand ein Narrativ, demzufolge Amerikas Abkehr vom Völkerbund den Aufstieg Hitlers und damit einen neuen Weltkrieg erst ermöglicht habe. Dieser Fehler dürfe sich auf keinen Fall wiederholen. Hollywood produzierte 1944 einen aufwendigen Spielfilm über Wilson, den zahlreiche Kommentatoren als Mahnung priesen, nunmehr die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und auf den Visionär Wilson zu hören. Der Film bekam sogar einen Oscar, war aber an den Kinokassen ein Misserfolg.<sup>58</sup> In der Geschichtsschreibung prägte vor allem der Diplomatiehistoriker Thomas A. Bailey mit einer zweibändigen Darstellung des Wilsonschen Internationalismus die

56 Vgl. Frank Costigliola: *Awkward Dominion: American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919-1933*. Ithaca, NY, 1984; Werner Link: *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932*. Düsseldorf 1970.

57 Vgl. Doenecke: *Neutrality Policy* (wie Anm. 31), S. 243-246; United States Senate: *Hearings before the Special Committee. Investigating the Munitions Industry*. Washington, D.C. 1937.

58 Rezensionen zum Film in *Josephus Daniels Papers*. LC MD (wie Anm. 3), Box 682. Die Kritiker lobten den Film allerdings nur für seine politische Botschaft, als Kunstwerk fiel er durch. Vgl. Thomas J. Knock: 'History with Lightning': The Forgotten Film Wilson. In: *American Quarterly* 28 (1976), S. 523-543.

neue vorherrschende Meinung, dass Wilsons Friedensprogramm funktioniert hätte, wenn die Isolationisten nicht Amerikas Werte und Pflichten verraten hätten.<sup>59</sup> Die Botschaft der Internationalisten kam an. Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es keine dem „Treaty Fight“ von 1919 vergleichbare Auseinandersetzung um den Beitritt der USA zu den Vereinten Nationen.

Obwohl führende Architekten der US-Strategie im Kalten Krieg, namentlich der Erzrealist und Erfinder des *Containment* George Kennan, wenig Sympathie für Wilson hegten, knüpfte die globale Eindämmungspolitik der USA rhetorisch und ideologisch an den liberalen Internationalismus an. Amerika, erklärte Präsident Harry Truman 1947 in seiner berühmten Botschaft vor dem Kongress, strebe eine Welt an, in der die USA und alle anderen Nationen ihre Lebens- und Regierungsform frei wählen könnten. Historiker, die Wilson als Vorkämpfer eines auf Frieden und Gleichheit aller Nationen beruhenden progressiven Internationalismus sehen, bestreiten indessen vehement jede Kontinuität zum *Cold War Liberalism*.<sup>60</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges feierten zahlreiche Autoren Amerikas Triumph über seine totalitären Herausforderer als historische Rechtfertigung Wilsons und des „Wilsonianism“. <sup>61</sup> Als die Administration George W. Bushs nach dem 11. September 2001 in den „Krieg gegen den Terror“ zog, tat sie dies im Namen von Freiheit und Demokratie weltweit. Der Präsident eröffnete die im September 2002 verkündete neue nationale Sicherheitsstrategie der USA mit der Proklamation: „Die großen Kämpfe des 20. Jahrhunderts zwischen der Freiheit und dem Totalitarismus endeten mit dem entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit – und mit einem einzigen nachhaltigen Modell für den nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“ Neokonservative Intellektuelle stellten sich in die Tradition der Ziele Wilsons, nur mit dem Unterschied, dass sie dazu bereit waren, zu deren Verwirklichung auch geeignete „harte“ Machtmittel einzusetzen. Auch linksliberale Internationalisten entdeckten unter dem Eindruck von Terrorismus, Staatszerfall und Massenmord die Vorzüge eines wohlwollenden Imperium

59 Thomas A. Bailey: *Woodrow Wilson and the Lost Peace*. New York 1944; ders.: *Woodrow Wilson and the Great Betrayal*. New York 1945.

60 George Kennan: *American Diplomacy*. Chicago 1951, S. 63-73; *Special Message to the Congress on Greece and Turkey: The Truman Doctrine*. 12.3.1947. *Public Papers of the Presidents of the United States*. Harry S. Truman 1947. Washington, D.C., 1963, S. 176-180; Knock: *To End All Wars* (wie Anm. 9), S. 271-276.

61 Tony Smith: *America's Mission: The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*. Princeton 1994, S. 311-345; Amos Perlmutter: *Making the World Safe for Democracy: A Century of Wilsonianism and its Totalitarian Challengers*. Chapel Hill 1997.

Americanum, das Freiheit, Demokratie und Menschenrechte weltweit schützen sollte.<sup>62</sup>

Über die Kontinuitäten zwischen Wilson und George W. Bush entspann sich eine heftig geführte Debatte. Die Gralshüter des Wilsonianism wiesen alle Analogien als irreführend zurück, weil Wilson – in scharfem Kontrast zu George W. Bush – auf internationale Organisationen und multilaterales Handeln gesetzt habe. Der ehemalige Wilson-Anhänger Tony Smith dagegen sagte sich vom liberalen Internationalismus los, weil dieser letztlich immer in einen liberalen Imperialismus umgeschlagen sei. Klassische Realisten erinnerten an Wilsons Scheitern und warnten davor, erneut den ewigen Frieden durch Krieg herbeiführen zu wollen.<sup>63</sup>

Inzwischen hat sich der ideologische Eifer der Bush-Jahre längst wieder abgekühlt. Die Idee eines amerikanischen Imperiums, das den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte sichert, ist allenthalben der Ernüchterung über die Grenzen der amerikanischen Macht gewichen. Die Obama-Administration, angetreten mit dem Ziel, Amerikas Führungsrolle und Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, hat in den zurückliegenden Jahren das globale Engagement der USA eher zu reduzieren versucht. Bei den Republikanern gewinnt zunehmend ein neoisolationistischer Nationalismus an Boden.<sup>64</sup> Ob Wilson und der Wilsonianism noch sinnvolle Orientierung für die US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert bieten, bleibt auch in der Wissenschaft umstritten. Anne-Marie Slaughter, die ehemalige Leiterin des Planungsstabes im State Department, hält die weltweite Ausbreitung der liberalen Demokratie, wenngleich mit Augenmaß und Respekt für kulturelle Unterschiede, weiterhin für eine zeitgemäße Richtschnur der US-Außenpolitik. Der Historiker Frank Ninkovich dagegen interpretiert den Wilsonianism als einen „Kriseninternationalismus“, der besonderen Umständen geschuldet war und dessen

62 The National Security Strategy of the United States of America. September 2002. Washington, D.C. Vorwort; Max Boot: What the Heck is a “Neocon”? In: Wall Street Journal v. 30.12.2002 (<http://www.cfr.org/world/heck-neocon/p5343>); vgl. zur Imperiumsdebatte des frühen 21. Jahrhunderts die diversen Beiträge in Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung. München 2003.

63 Thomas Knock: „Playing for a Hundred Years Hence“: Woodrow Wilson’s Internationalism and His Would-Be Heirs. In: Ikenberry: The Crisis (wie Anm. 2), S. 25-52; Tony Smith: Wilsonianism after Iraq: The End of Liberal Internationalism? In: Ebd., S. 53-88; Lloyd E. Ambrosius: Woodrow Wilson and George W. Bush: Historical Comparisons of Ends and Means in Their Foreign Policies. In: Diplomatic History 30 (2006), S. 509-543.

64 Zur Außenpolitik der Obama-Administration vgl. die Analysen bei Tobias Endler/Martin Thunert: Entzauberung: Skizzen und Ansichten zu den USA in der Ära Obama. Opladen 2015, S. 95-200; Steffen Hagemann u. a. (Hrsg.): Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama. Trier 2014.

Zeit längst abgelaufen sei, der aber immer noch eine Scheinexistenz als ideologische Waffe führe.<sup>65</sup>

Ninkovich hat freilich auch darauf hingewiesen, dass die Ideologie des Wilsonianism im 20. Jahrhundert eine wertvolle Ressource im Machtkampf mit Amerikas totalitären Herausforderern war. Dieses Selbstdeutungsmuster hat sich tief in die amerikanische politische Kultur eingeschliffen und beeinflusst Geschichtsbilder wie politisches Handeln.<sup>66</sup> Unabhängig von Woodrow Wilsons politischen Zielen und Ideen und unabhängig von der Frage, ob ihn Idealismus oder realpolitisches Kalkül leiteten, bleibt festzuhalten, dass der 28. Präsident der Vereinigten Staaten einen entscheidenden Beitrag zur Ideologisierung der amerikanischen Außenpolitik, ja der internationalen Beziehungen insgesamt, leistete. Dass liberale Demokratien sich heute in ihrem internationalen Handeln an den eigenen Wertmaßstäben messen lassen müssen, ist gerade auch am außenpolitischen Diskurs der „moralischen Supermacht“ Bundesrepublik Deutschland ablesbar. Im Land, in dem der Begriff „Realpolitik“ geprägt wurde, herrscht heute ein nahezu allgemeiner Konsens über die Pflicht, möglichst überall auf der Welt demokratische Kräfte zu unterstützen und demokratische Verhältnisse zu befördern. Gelegentlich drängt sich der Eindruck auf, dass die Deutschen des frühen 21. Jahrhunderts sehr viel stärker in der Wilsonschen Tradition stehen, als es hiesigen Kritikern amerikanischer Machtpolitik bewusst sein dürfte.

65 Anne-Marie Slaughter: Making Democracy Safe for the World. In: Cooper: Reconsidering (wie Anm. 1), S. 327-335; Frank Ninkovich: Wilsonianism after the Cold War: Words, Words, Mere Words. In: Ebd., S. 299-325.

66 Ninkovich: The Wilsonian Century (wie Anm. 20), S. 1-16; für eine Kontinuität des liberalen Internationalismus als Deutungsmuster plädiert Volker Depkat: Die Ausbreitung von Demokratie als Friedensprogramm unter den Präsidenten William J. Clinton und George W. Bush. In: Dülffer/Niedhart (Hrsg.): Frieden durch Demokratie? (wie Anm. 33), S. 209-226.